Wir

in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 8 / November 2007

Ein neuer Anfang war´s am Ende nicht
Ein Gespräch mit Rolf Spalek
Seite 7

Was machen Seniorenbüros?

Seite 13

Zeit für politische Aktivitäten

Seite 16

Ein neuer Anfang war's am Ende nicht

Bericht Seite 7

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

ihr haltet nun die 8. Ausgabe unserer Zeitung WIR in den Händen, diesmal mit dem Schwerpunkt, was machen ältere Kolleginnen und Kollegen nach der Erwerbsarbeit. Wir stellen fest, dass nicht Wenige auch im Alter politisch aktiv sind, obwohl heutzutage die ehrenamtliche politische Arbeit nicht das gesellschaftliche Ansehen hat, das es verdient. Wir hoffen, dass wir mit unserer Thematik euer Interesse finden.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

Die Zeitung lebt von Beiträgen, vom Feedback der LeserInnen und von ihrer Verbreitung durch euch.

Wir möchten für unsere Zeitung neue Kolleginnen und Kollegen gewinnen. Dafür laden wir alle Interresierten zu einer offenen Redaktionssitzung am Dienstag, 11. Dezember 2007, um 15:00 Uhr, ins Gewerkschaftshaus Bremen ein. Nähere informationen bei Arbeit und Leben, Telefon: 0421/960 89 14

Inhalt

Auch im Alter in jedem Fall sinnvoll! 3

Ältere KollegInnen zur Gewerkschaftsarbeit nach der Erwerbstätigkeit 5

Ein neuer Anfang war's am Ende nicht 7

Brief der Ehefrau eines ehemaligen türkischen Vulkan-Arbeiters 10

Solidarität kennt kein Alter - ver.di Bundeskonferenz der SeniorInnen 11

Nullkommafünfvier Prozent 12

Was machen Seniorenbüros? 13

Zeit für politische Aktivitäten erst im „Ruhestand" 16

Wilhelm Röhrs – sein Herz schlug bis zuletzt für die Senioren 19

Buchtip: Gewerkschaftsnahe Bildungsarbeitarbeit mit Senioren 20

Auch im Alter in jedem Fall sinnvoll!

Warum Mann und Frau am Ende des Arbeitslebens Mitglied in der Gewerkschaft bleiben sollte:

Beim Übergang in Altersteilzeit oder Rente fragen sich nicht wenige ArbeitnehmerInnen ob es sich noch lohnt, es sinnvoll ist, weiter Mitglied einer Gewerkschaft zu bleiben?

Sinnvoll ist es allemal, WIR meinen es lohnt sich auch:

z.B. rechtlich und sozial

Im Ruhestand gelten für MitgliederInnen Satzungsleistungen, auf die sie Rechte durch ihre Mitgliedschaft während des Erwerbslebens erworben haben. Dazu gehört allen voran der Rechtsschutz. Er bietet Anspruch auf Rechtshilfen und Beratung in sozialrechtlichen Fragen. Hierzu gehören: Fragen zu Renten, Krankenversicherung, Schwerbehinderung, Berufsgenossenschaft oder Pflegeversicherung. Die Unterstützung in rechtlichen Belangen schließt Formulierung von Widersprüchen sowie Rechtsberatungshilfe bei Klagen ein.

Einzelne Gewerkschaften gewähren auch Unterstützung bei außerordentlichen Notfällen. Wenn jemand z.B. unverschuldet in eine schwierige finanzielle Situation gerät, kann der örtliche Vorstand auf Antrag entscheiden, ob er in begrenztem Umfang finanzielle Hilfe leistet.

Dies sieht auch eine Unterstützung im Todesfall vor. Diese kann zwischen einem Mindestbeitrag und einem Höchstbetrag liegen, der sich an den Monatsbeiträgen bemisst. Im Todesfall der LebenspartnerInnen ist es die Hälfte des fraglichen Betrages.

Konkrete Auskünfte erteilen die Einzelgewerkschaften vor Ort.

z.B. kulturell

Kommunikation und Weiterbildung sind ein soziokulturelles Plus. Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Einrichtungen bieten vor Ort eine Vielzahl von Kultur, -Informations- und Bildungsver-

anstaltungen an, die sich gezielt an SeniorInnen wenden. Dabei legen sie großen Wert auf die Mitarbeit und die Erfahrung der Seniorinnen und Senioren.

SeniorInnenarbeitskreise ermöglichen Informationsveranstaltungen in Wohnbereichen der Städte und Gemeinden zu aktuellen sozialpolitischen Themen. Sie organisieren Vorträge, Ausflüge und Begegnungsmöglichkeiten. Dazu gehören auch kulturelle Veranstaltungen und Besichtigungen von Museen und Betrieben.

Zusammenarbeit wird dabei groß geschrieben. Durch die gewerkschaftliche Seniorenarbeit sind Ältere in die gewerkschaftliche Arbeit und Willensbildung einbezogen.

Eigenständig koordinieren Senioren und Seniorinnen auf örtlicher Ebene regelmäßige Treffen und entwerfen weitere Angebote für gemeinsame Veranstaltungen.

Die Anerkennung der Pflege der persönlichen Aufmerksamkeit beschränkt sich nicht nur auf Auszeichnungen und Jubilarehrungen für langjährige Mitgliedschaft. Zugewandt, kollegial und freundschaftlich geht es bei vielen Aktivitäten zu. Dazu gehören auch Privatkontakte und persönliche Unterstützung in Notlagen.

z.B. politisch

Viele Gewerkschaften haben das gesellschaftspolitische Potential, das in gewerkschaftlicher SeniorInnenpolitik steckt, erkannt. Entsprechend begrüßen und fördern sie politische und organisatorische SeniorInnen-Aktivitäten und ihr bürgerschaftliches Engagement.

z.B. in Hamburg

„DGB-Senioren-Hamburg - ein Modell zur Umsetzung generationenübergreifender gewerkschaftlicher Seniorenpolitik“: Das Modell steht für die Durchsetzung sozialer Sicherung im Alter als Kernaufgabe des DGB und wird von allen DGB-Gewerkschaften mitgetragen. Es versteht außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit als gleichberechtigte Mitwirkung in der Organisationspolitik.

z.B. in Mannheim

Gewerkschafts-SeniorInnen organisieren Protestaktionen, schließen sich Bündnisveranstaltungen an, besuchen Seminare und bilden Arbeitsgruppen für die Öffentlichkeitsarbeit. Die Themen betreffen: Rentenbesteuerung, Gesundheit, Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie nehmen teil an kommunalen SeniorInnentagen und SeniorInnenmessen.

Zusammen mit GEW und DGB erarbeitete eine Arbeitsgruppe „Schule“ Unterrichtseinheiten für die Durchführung von Sozialkunde-Unterricht.

Außerdem gingen von den Seni–orInnen gewerkschaftliche Unterstützungsangebote für HauptschülerInnen und junge Auszubildende, z. B. Hilfe bei Bewerbungen und Beratung zu einem Ausbildungsplatz, aus.

z.B. in Berlin

Gewerkschafts-SeniorInnen setzen sich für den Nachwuchs ein. Sie gehen mit ihrer Aufklärungsarbeit zum Thema „Gewerkschaftliche Intressenvertretung für Auszubildende“ in die Berufsschulen.

z.B. in Bremen

engagieren sich Gewerkschafts-SeniorInnen mit Erfolg im Bereich „Theater“ und entwickeln Szenen- und Kabarettstücke für die politische Öffentlichkeitsarbeit. Ein weiterer Arbeitskreis gibt mehrfach im Jahr eine eigene Zeitschrift mit seniorenspezifischen Themen heraus.

Auch in Bremen setzen sich Senioren für den Nachwuchs ein und unterstützen als Senior-Paten junge Erwachsene auf dem Weg in die Berufswelt.

Fazit:

Arbeitsstil und Art der gemeinsamen Interessenwahrnehmung obliegt dabei immer der eigenen freien Gestaltung, resultierend aus den Gegebenheiten vor Ort. So ist jede Initiative ein Unikat. Die Formen der Mitarbeit sind offen. Sie reichen von Möglichkeiten der Selbsthilfe über lockeren Erfahrungsaustausch bis hin zur professionell strukturierten Planung und Durchführung von Projekten und Veranstaltungen.

Annette Schepper

Ältere KollegInnen zur Gewerkschaftsarbeit nach der Erwerbstätigkeit

Inge Markowsky engagiert sich für die Seniorenarbeit bei ver.di

Meine Mitgliedschaft bei ver.di gestaltet sich vielseitig und interessant, seien es interessante Seniorenveranstaltungen oder politische Aktionen, an denen wir uns als Ältere beteiligen, wie z.B. Demonstrationen für gerechte Bezahlung oder Gleichstellung. Aber auch das ‚Persönliche' kommt nicht zu kurz. Mir gefällt die Anerkennungskultur, besonders Ehrungen bei langjähriger Mitgliedschaft in festlichem Rahmen. Politische Beiträge sorgen auch hier für Anregungen und Gesprächsstoff.

Die gewerkschaftlichen Veranstaltungen bieten auch die Möglichkeit ehemalige KollegInnen zu treffen, was mir jedes Mal wieder Freude bereitet.

Als Rentnerin ist es für mich keine Frage, ob sich die Mitgliedschaft in meiner Gewerkschaft weiter lohnt.

Karla Wendt engagiert sich im Bereich Rentenberatung für Senioren bei ver.di

Ich bin seit vielen Jahren in der Gewerkschaft und habe mich immer gern an den politischen Aktivitäten und Aktionen beteiligt. Aber auch ein Arbeitsleben geht einmal zu Ende,. Nun habe ich für mich den ver.di-Seniorenarbeitskreis in Bremen entdeckt. Hier treffen sich Senioren einmal im Monat und informieren sich z.B. über Reformen in der Gesundheitspolitik, Rentenpolitik usw.. Das Gehörte wird dann diskutiert und politische Reaktionen besprochen. So ist man immer noch dabei. Ich würde mich freuen, wenn noch mehr Ältere sich engagieren würden. Schließlich sind wir nur gemeinsam in der Lage etwas zu bewegen und uns nicht alles von der Politik vorschreiben zu lassen. Dies gilt nicht nur für das Arbeitsleben, sondern auch für die Zeit danach.

Ursula Fromme engagiert sich im Bereich der Senioren- Bildungsarbeit der IG- Metall

Austreten? - Wenn ich als Rentnerin über die Medien und über die arbeitenden KollegInnen in meinem Umfeld erfahre, dass die Arbeitsbedingungen für die meisten ArbeitnehmerInnen sich kaum verbessert haben, stellt sich für mich die Frage nicht!

Im Gegenteil, Gewerkschaften sind die einzige Möglichkeit sich kollektiv zu wehren, der einzelne Arbeitnehmer kann das nicht. Diese Erfahrungen haben gerade wir Älteren machen müssen. Die Jüngeren wissen oft nichts von unseren Arbeits kämpfen, denn das bislang Erreichte wurde uns

nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit von den Arbeitgebern geschenkt. Wegen der Globalisierung sind auch die Arbeitsmärkte in Bewegung geraten und trotzdem wissen die Unternehmensleitungen genau, welch gute und produktive Arbeit hier geleistet wird. Deshalb kommen einige Firmen, die ins Ausland gegangen sind, auch schon wieder zurück. Und das zu recht.

In etlichen Branchen sind die mit den Betriebsräten erarbeiteten neuen Konzepte sehr erfolgreich. Die Politik ist jetzt gefordert, die dabei von den Arbeitnehmern erbrachten Verzichte zu honorieren und dafür zu sorgen, dass die Arbeitsplätze nachhaltig in Deutschland bleiben können.

Für die Zukunft müssen wir die gewerkschaftlichen Bündnisse wieder mehr stärken und den Dialog mit allen Mitgliedern suchen. Die Senioren sind dabei. Viele von uns Senioren sind auch dabei, wenn es in den Betrieben brennt. Trotz mancher gesundheitlichen Einschränkung beteiligen wir uns an Demos und unterstützen die Interessen der Beschäftigten auch mit außerbetrieblichen Aktionen.

Wir sitzen alle in einem Boot und damit es nicht kentert, brauchen wir die Anstrengungen aller.

Bodo Apenburg engagiert in der IG Metall-Seniorenarbeit

Viele gute Eindrücke, Erlebnisse und Erinnerungen: Während meiner Ausbildung zum Maschinenschlosser (1955-58) habe ich mehrere ältere Kollegen kennen gelernt, die wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements in der Nazizeit inhaftiert waren und gelitten haben. Davon habe ich in der Schule nichts erfahren; es waren neue und beeindruckende Erkenntnisse.

Sie haben mich nicht zum Eintritt in die Gewerkschaft animiert, aber ihre Schilderungen hatten nachhaltige Wirkung, bis heute.

Erst während betrieblicher Praktika im Maschinenbau-Studium bin ich wegen ähnlicher Begegnungen in die Gewerkschaft IG Metall eingetreten. Dort bin ich nach und nach ehrenamtlich in verschiedenen Gremien tätig gewesen. Dabei habe ich viele interessante, vorbildliche und orientierende Menschen kennen gelernt.

Von 1965 bis 1973 war ich in einem Betrieb der feinmechanischen und optischen Industrie beschäftigt. Der war gewerkschaftlich gut organisiert und ich wurde bald, weil ich manchmal den Mund aufgemacht habe, VK-Vorsitzender und Mitglied im Betriebsrat. Der Betriebsrat bestand aus hervorragenden Kolleginnen und Kollegen, die eine gute Nähe zur Belegschaft hatten.

Als Rentner, nach dem Tod meiner geliebten Frau fiel ich in ein tiefes Loch.

Viele Kollegen haben sich damals um mich gekümmert und mir aus dem Loch heraus geholfen und mich in die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit eingebunden.

Wer während seines Lebens diese solidarische Nähe erlebt hat, kann nachvollziehen, warum man sich auch als Rentner weiter gewerkschaftlich engagiert.

Christel Odewald engagiert sich für ver.di

„Gemeinsam sind wir stark“ – das war immer das Motto der Gewerkschaften. Solidarität war das Prinzip. ArbeitnehmerInnen schlossen sich zusammen, um gemeinsam ihre Forderungen durchzusetzen.

Daran hat sich heute leider viel geändert. Viele ArbeitnehmerInnen treten erst in die Gewerkschaften ein, wenn ihnen seitens der Arbeitgeber Schwierigkeiten drohen und sie verlassen genauso schnell wieder die Solidargemeinschaft. Die Solidarität der anderen nimmt man in Notsituationen gern in Anspruch, ist aber selbst nicht bereit dazu Solidarität zu praktizieren.

So auch beim Eintritt ins Rentenalter. Viele fragen sich: „Weshalb soll ich noch Gewerkschaftsmitglied bleiben, was habe ich davon?“

Dem muss entgegen gehalten werden, dass auch die Interessen der Senioren sehr vielfältig in den Gewerkschaften vertreten werden. Gewerkschaften mischen sich ein, wenn es um Krankenkassenbeiträge, Renteneintrittsalter, Pflegeversicherung und andere sozialpolitische Fragen geht, was uns als RenterInnen betrifft. Verlassen wir diese Gemeinschaft, so schwächen wir nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch uns selbst.

Ein neuer Anfang war's am Ende nicht

Gespräch mit Rolf Spalek

Du hast 1968 als Maler bei dem Bremer Vulkan angefangen. Wie war das damals?

Als ich angefangen habe, hat der Schiffbau geboomt. Die Aktionäre haben sich dumm und dämlich verdient. Es war Blütezeit, es war Hochkonjunkturzeit. Ich habe mich 1973/1974 gewerkschaftlich orientiert. 1974 war der Unterweserstreik der IG Metall. Ich war sehr aktiv daran beteiligt und habe mich dann 1975 zur Kandidatur zum Betriebsrat aufstellen lassen. Bin auch gewählt worden. Die ganzen Jahre danach bin ich auch mit ganz guten Ergebnissen gewählt worden, und habe dann bis zum bitteren Ende 30 Jahre beim Bremer Vulkan gearbeitet.

Wie war es nach dem Ende 1996?

Ganz schwierig war es für die, die 39 Jahre und älter waren. Ich war zu der Zeit 48 Jahre und habe auf dem Arbeitsmarkt keine Chance gehabt. Ich habe mich persönlich engagiert mit DGB und Universität Bremen für den Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz. Das hatte ja beim Vulkan Tradition. Wichtig war die Datensicherung. Was macht der Einkauf mit seinen ganzen Unterlagen? Was macht die Arbeitsvorbereitung? Da gibt es eine Fülle von Dingen. Nach vielem Suchen und Mühen hat irgendwann die Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik unter Professor Rainer Müller am Barkhof, sich des Themas angenommen und daraus ein Projekt erarbeitet. Es gab Förderung von der Heinz-Böckler-Stiftung. Und für mich

***Rolf Spalek**, Jahrgang 1945, war langjähriger Vulkan-Betriebsrat. Er arbeitete, bevor er 2006 in die Altersrente ging, mit Unterbrechungen fast zehn Jahre in einem Arbeits- und Gesundheitsschutz-Projekt der Universität Bremen für ehemalige Vulkanesen.*

Heute hält er als Einziger die Stellung in dem Betriebsratsgebäude auf dem Vulkangelände. Er berät ehrenamtlich die ehemaligen Kollegen vom Vulkan, die von Asbest betroffen sind. Unter anderem durch Rolf Spaleks Arbeit wurden bei den Vulkanesen von 1972 bis heute 670 Verdachtsanzeigen auf Asbest festgestellt. So eine hohe Zahl hat kein anderer Industriebetrieb.

Die Arbeit des ehemaligen Betriebsrates Rolf Spalek ist über die Grenzen von Bremen hinaus bekannt. Er hat mittlerweile auch bundesweit über 100 andere Asbestgeschädigte beraten.

war das nach eineinhalb Jahren Arbeitslosigkeit im September 1998 wieder eine Erwerbsmöglichkeit. Aber der Konkursverwalter vom Vulkan hatte nichts Anderes zu tun, als er das Ganze übernahm, gleich alle Unterlagen, z.B. die des gesamten Einkaufs, zu vernichten.

Was geblieben war und was wir nutzen konnten, waren Aufnahmen von Arbeitsunfällen und 3600 Gesundheitsakten. Die haben wir dann aufgearbeitet und sie stehen hier den Interessierten und Forschern zur Verfügung.

Was bedeutete die Pleite für den einfachen Vulkanesen?

Ich würde die Antwort zweiteilen. Erstens: Der Bremer Vulkan war ein Traditionsbetrieb, in dem Familien aus den Bereichen Bremen-Nord und umzu, Lemwerder, Schwanewede, Osterholz, Hambergen, also der große Umkreis nach Niedersachsen hin, gearbeitet haben. Der Opa hat hier gearbeitet, der Vater hat hier gearbeitet, der Bruder hat hier gearbeitet, der Neffe hat hier gearbeitet und der Onkel hat hier gearbeitet. Die Leute waren schlimmer dran als ich, weil denen die Familienstruktur kaputt gegangen ist.

Zweitens: Bei mir war es so - 30 Jahre Vulkan hat ja geprägt. Viele, viele Kollegen, als Betriebsrat noch zusätzlich, Hochkonjunktur, 7000 Beschäftigte. Die Anstrengung, die Mühe den Laden zu retten, war ja als Betriebsrat enorm. Und es war eine riesige Enttäuschung, als ich dann feststellen musste: Im Grunde genommen wollte dir keiner helfen. Es war eine beschlossene Sache: Der Laden wird dichtgemacht.

Habt ihr das als Betriesräte als Letzte erfahren, dass es eine beschlossene Sache war, dass der Betrieb dichtgemacht wird?

Ich möchte mich dazu nicht äußern! Weil es nichts bringt! Ich kann nur sagen, es gibt eine bestimmte Gruppe der Betriebsräte, von denen ist kein Einziger arbeitslos. Das ist einfach so!

1996 haben sich alle bemüht. Das ist nicht abzustreiten. Und man hatte auch den Eindruck, wenn man bestimmte Dinge tut, wird es auch klappen. Wir haben am Ende noch zwei Schiffe fertig gebaut. Mit dem Konkursverwalter sind wir über die ganze Werft gegangen. Und ich habe alle positiven Werkstätten, Anlagen, alles und alles schöngeredet. Und er hat immer gesagt: „Ja!“ Und er hat immer gesagt: „Es ist zu retten und es ist hervorragend.“ Wir hatten auch hervorragende Sachen.

Irgendwann merktest du aber, da stimmt was nicht. Alle Vorschläge, die wir gemacht haben, wurden nicht mehr diskutiert.

Wie war es am letzten Tag auf dem Betriebsgelände?

Die Kirche hat hier versucht ein Abschlussfest am Tag der Schließung zu machen. Das haben sie auch sehr gut aufgezogen. Aber die Kollegen sind gar nicht mehr gekommen. Ich war am letzten Tag hier im Büro, wie immer. Aber ich bin dann kurz vor 12:00 Uhr wie ein geprügelter Hund aus diesem Tor hier oben gegangen. Habe mich nicht mehr umgedreht.

Ich habe dann mit diesem Projekt und mit der Genehmigung, dass hier wieder ein Büro eröffnet wird, habe ich die Arbeit gemacht, aber nur in diesem Gebäude. Ich bin zwei Jahre nicht auf der Werft gewesen. Erst als sie den Kran abgebaut und nach China verkauft haben, habe ich mich bereit erklärt, einer Gruppe von Menschen den Vulkan zu zeigen. Ich habe es ganz, ganz schweren Herzens getan, denn das war nicht mehr der Vulkan! Jetzt ist hier eine Straße gebaut und Vieles hat sich verändert. Als Vulkanese erkennst du den Vulkan nicht mehr. Viele Kollegen kommen hierher, um sich beraten zu lassen oder nur um „Guten Tag" zu sagen. Viele türkische Kollegen waren seit der Schließung nie wieder auf dem Gelände. Sie wollen nicht kommen!

Viele von ihnen sind in deinem Alter?

Ja, die sind dann 60. Gott sei Dank, sage ich mal. Sie haben sich nach Hartz IV und Arbeitslosengeld II-Bezug nach 60 hingerettet. Ich habe vor 14 Tagen mit einem türkischen Kollegen gesprochen. Der wird in drei Monaten 60. Er muss jetzt ein Betriebspraktikum machen, ein viertel Jahr, ohne Bezahlung. Dass diese Leute dann alle seelisch krank und verrückt werden, ist klar.

Unvermeidlich kommt man beim Vulkan auf das Thema Asbest!

In den 40er/50er Jahren gab es kein anderes Material für Hitze und Feuerschutz. Und jeder Betrieb, der auf sich was hielt, hat damit geworben, egal ob sie eine Jacht, ein Schiff oder ein Auto gebaut haben. Natürlich auch der Bremer Vulkan. Und irgendwann hat man festgestellt, dass Asbest sehr gefährlich ist, dass es Krebs verursacht und dass die Menschen sehr schnell daran sterben können. Irgendwann haben sich des Themas die Berufsgenossenschaft und die Gewerbeaufsicht angenommen. Die Gewerbeaufsicht im Lande Bremen hat dem Bremer Vulkan 1968 ein mehrseitiges Papier geschickt, mit der Aufforderung, Schutzmaßnahmen bei den Maschinen und bei der Verarbeitung von diesen Materialien zu erstellen und zu gewährleisten. Dieses Papier ist nirgendwo angekommen, sondern in der Sicherheitsabteilung geblieben. Der Sicherheitsingenieur war der Kriegskamerad des Vorstandsvorsitzenden des Bremer Vulkans.

Wann ist Asbest überhaupt ein Thema beim Vulkan geworden?

1972/1973 haben Betriebsratskollegen auf einer Schulung der IG Metall über die Gefährlichkeit von Asbest erfahren. Wir haben dann hier in der Tischlerei die Arbeit niedergelegt. Wir haben gesagt: „Die asbesthaltigen Materialien müssen weg und Schutzmaßnahmen müssen her!" Die Schleifmaschinen und die Sägemaschinen, hatten keine Absaugung und der Staub landete auf der ganzen Werft.

Und jeder konnte das einatmen?

Ja, jeder auf der Werft. Dabei kam es raus, dass die Sicherheitsabteilung und der Vorstand diese Schutzmaßnahmen wissentlich verschwiegen haben, denn es kostet Geld. Da hat die gesamte Belegschaft gestreikt.

War damit Asbest vom Vulkan verbannt?

Nein. Es gab Schutzmaßnahmen, aber kein Verbot. Es war ein zäher Kampf. Ich wurde später Asbestfresser genannt. Ich sollte die Fresse halten, so gefährlich sei es ja gar nicht. Ich hatte einmal die Arbeit angehalten, weil wieder ohne Schutzmaßnahmen Asbest verarbeitet wurde. Da waren sie fürchterlich stinkig und sauer. Da ist der Oberingenieur beigegangen und hat ein Stück Asbest gefressen und sagte: „Und - lebe ich noch?" Er lebt heute noch (Rolf lacht).

Buchtip zum Thema: Erschienen September 2007

Brief der Ehefrau eines ehemaligen türkischen Vulkan-Arbeiters

Mein Ehemann hat seit 1970 als Schweißer auf dem Bremer Vulkan regelmäßig in Nachtschicht seine Arbeit erledigt. Er musste in die kleinsten Löcher der Schiffe hinein, auf Rückenlage und Bauchlage arbeiten sowie auch auf seinen Knien rutschen – und all das bei schlechter Belüftung. Ständig war er dem Rauch und den Gasen ausgesetzt. Oftmals bekam er keine Luft zugeführt. Ob es Sommer oder im Winter war – es war immer eine sehr anstrengende, staubige und schmutzige Arbeit. Durch die Nachtschicht wurde auch unser Familienleben sehr beeinträchtigt. Unsere Kinder konnten nur sehr selten ihren Vater sehen.

Nach der Pleite des Bremer Vulkan wurde mein Mann depressiv und mutlos. Er hatte seinen Arbeitsplatz nach 25 Jahren verloren, womit er bis heute nicht zurechtkommt. Nicht nur finanziell ging es uns dadurch schlecht, sondern die ganze Atmosphäre in der Familie hat dadurch gelitten. Mein Mann, der immer lustig und freundlich war und sehr gerne zur Arbeit ging, ist heute ein gebrochener Mann. Er wurde ein unzufriedener Mensch. Viele seiner Freunde und ihre Familien haben das gleiche Schicksal durchgemacht. Mehrere seiner Kollegen sind inzwischen aufgrund der früheren Arbeitsbedingungen – Asbest zum Beispiel – gestorben.

Mein Mann hat durch die schwere Arbeit auf dem Bremer Vulkan viele gesundheitliche Probleme bekommen, wie z.B. Bandscheibenvorfall, Rücken- und Schulterschmerzen, Handgelenks-Operationen, und Gelenk-Schmerzen, Hörschäden, Magengeschwüre, Rheuma und vieles mehr. Er fand keine Arbeit mehr, da er für den Arbeitsmarkt zu alt und zu krank war. Er fühlte sich dadurch nutzlos und überflüssig. Jetzt bezieht er eine vorgezogene Altersrente. Sie sollten wissen: Sein Leben war das Arbeiten für den Bremer Vulkan.

Fotos: Hugo Köser

Solidarität kennt kein Alter - ver.di-Bundeskonferenz der SeniorInnen

Unter dem Motto „Solidarität kennt kein Alter“ trafen sich im Mai 2007 einhundertzwanzig Delegierte zur 2. Bundes–konferenz der Seniorinnen und Senioren.

Besondere Schwerpunkte auf der Konferenz bildeten die Themen Sozialabbau und Altersicherung, Gesundheitsreform und Pflegeversicherung, die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit gegen Rechtsradikalismus und die Sozialwahlen.

Unsere Renten sind erworbene Ansprüche und keine Geschenke der Reichen und Mächtigen im Staat.

Selbstbewusst begründeten die Delegierten ihre Forderungen einer gerechten Alterssicherung und wandten sich gegen die Pläne der Regierungsparteien, die Renten durch weitere Nichtanpassungen an die allgemeine Lohn- und Einkommens–entwicklung, durch Steuergeschenke an Unternehmen und weitere Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherung, zu kürzen. Die Delegierten betonten, dass diese Politik eine „Sozialdemontage in bislang nicht bekannter Form“ ist.

Gegen Altersdiskriminierung erinnerten mutig und in eigener Sache die Delegierten auf der Konferenz den ver.di–Bundesvorstand daran, das passive Wahlrecht der älteren Mitglieder und SeniorInnen nicht einzuschränken. Es „grenzt an Diskriminierung“, wenn älteren Mitgliedern die Wahrnehmung ihrer Rechte und die Mitarbeit, z.B. in Vertreterversammlungen und Verwaltungsräten, nicht mehr zugetraut wird. Auch „die Alten“ sind vollwertige Mitglieder.

Dieter Tarnowsky

Vom ver.di-Bezirk Bremen – Nordniedersachsen auf der Konferenz waren engagiert dabei: Hildegard Huntenburg, Hermann Wilkens und Dieter Tarnowsky

Nullkommafünfvier Prozent

Also, mit den Prozenten habe ich ein wenig Probleme. Seit ich Rentner bin, habe ich immer öfter damit zu tun. In aller Regelmäßigkeit muss ich ein paar Prozente mehr bezahlen, für die Pflegeversicherung, für das Benzin, für die Lebensmittel, für den Strom und das Gas. Das läppert sich.

Und dann warte ich auf die Meldung, dass meine Rente sich ebenso prozentual erhöht. Seit drei Jahren wartete ich schon darauf.

Und siehe da, im Frühsommer, meldete Franz Müntefering ganz stolz im Fernsehen, die Renten werden erhöht. Um zig Millionen Euro erhöhen wir die Renten.

Von Prozenten hat er aber nichts gesagt, Ich habe dann versucht die zig Millionen Euro auf einen Rentner runter zu rechnen, nämlich auf mich Durchschnittsrentner. Damit begannen die Probleme und nach einiger Zeit gab ich das Rechnen auf und wartete auf einen amtlichen Bescheid. Zugleich erinnerte ich mich, dass ich im Frühjahr von der Rentenversicherung einen Brief bekommen hatte, in dem mir geschrieben wurde, dass ich keine Mitteilung mehr bekommen würde. Änderungen meiner Rentenzahlung könnte ich meinen Kontoauszügen entnehmen.

Ich hab dann erst einmal abgewartet. Aus der Tagespresse erfuhr ich: „Die Rente erhöht sich prozentual um 0,54 %."

Jetzt ging das Rechnen wieder los. 1184,71.- Euro brutto mal 0,54 % macht eine Erhöhung meiner Rente um 6,34 Euro brutto. Die Abzüge für die Versicherungen müssen auch neu berechnet werden. Netto bleiben mir danach 5,75 Euro mehr. Es gab dann auch noch viele Leserbriefe dazu, wie mickrig diese Rentenerhöhung sei, wo doch andere, die an den Fleischtöpfen sitzen, mit ganz anderen Prozentzahlen für ihre Einkommen hantieren.

Aus der Wochenzeitung Freitag

Für mich habe ich die 5,75 Euro in Naturalien umgerechnet, zum Beispiel: ein halbes Kilo Zwiebeln 0,90 €, 2,5 Kilo Kartoffeln 3,00 €, ein Liter Apfelsaft 1,65 € und ein Brötchen für 20 Cent, bei Aldi. Viel ist nicht dabei herausgekommen.

Ich habe dann an die zig Millionen Euro von Franz Müntefering und die zig Millionen beglückten Rentner gedacht. Einige haben sich bestimmt gefreut.

Und das ist auch gut so.

Hugo Köser

P.S.: Orginalzahlen können beim Autor eingesehen werden.

Was machen Seniorenbüros?

Ein Interview mit Werner Meineke, ehemaliger 1. Vorsitzendenr des Seniorenbüros Bremen e.V.

Wann und wie ist das Seniorenbüro entstanden?

Das Seniorenbüro Bremen ist ein Bundesprojekt gewesen. Als Projekt des Familienministeriums entstand es in den Jahren 1992/1993, in Bremen 1993. Bundesprojekte dieser Art wurden früher bis zu fünf Jahre finanziell gefördert. Das Bremer Projekt ist drei Jahre lang finanziell und personell gefördert worden. Damals wurde das Seniorenbüro Bremen in der Gartenstadt Bremen Vahr eingerichtet. Es war auch die AWO eingegliedert und drei Jahre lang das Gesundheitsamt Bremen. Nach Ablauf dieser drei Jahre wurde Bremen gefragt, ob auch noch nach Ablauf dieser drei Jahre weiter unterstützt würde. Bremen hat dann genickt und gesagt: Machen wir! Dann hat im vierten und fünften Jahr die Förderung zu einem verringerten Etat stattgefunden. Diese Förderung war am 30.06.1998 vorbei.

Wie läuft es jetzt mit der Finanzierung?

Im vierten und fünften Jahr, als es weniger Geld vom Bund gab, hatte die Stadt die Verpflichtung, einen Ausgleich zu zahlen. Statt den Ausgleich aber in bar zu zahlen, hat die Stadt, vertreten durch das Amt für soziale Dienste, dem Seniorenbüro den Auftrag erteilt, begleitete Seniorenreisen zu organisieren und durchzuführen, mit der Maßgabe, insgesamt einen Erlös zu erzielen, und zwar in der Höhe, mit der die finanzielle Sicherstellung für die Zeit nach der Förderung erreicht sein sollte. Das ist leider nicht eingetreten. Die Stadt hat sofort vor Ort mit uns verrechnet und am Ende der fünf Jahre Förderung waren für das Seniorenbüro keine Finanzen mehr vorhanden.

Der alte Trägerverein, der fünf Jahre das Projekt organisiert hat, sagte: „Ohne Förderung machen wir nicht weiter!“ Im Jahre 1997 hat das Seniorenbüro die Organisation übernommen und auch ausgeführt. Dann wurden ehrenamtliche Senioren gesucht, die diese Seniorenreisen begleiteten. Über diesen Weg bin ich in das Seniorenbüro gekommen. 1997 habe ich die erste Reise auf die Insel Spiekeroog begleitet. Danach habe ich die Büroarbeit übernommen. Und als wir dann hörten, der alte Trägerverein macht am Ende des Projektes nicht mehr weiter, haben wir einen eigenen Verein unter meiner Leitung gegründet.

Werner Meineke, *73 Jahre alt, gelernter Feinmechaniker, nach der Lehre bei der deutschen Bundespost gearbeitet, Ausbildung zum Fernmeldetechniker bei der Post 1960.*

Gewerkschaftsarbeit im Fernmeldeamt 1, zehn Jahre Vorsitzender des Personalrates für etwa 1000 Beschäftigte, vier Jahre davon als freigestellter Personalrat.

Er war Abnahmebeamter für technische Einrichtungen, unter anderem für den Fernmeldeturm an der Neuen Straße, der damals 100 Meter hoch war.

„Ein ziemlich bewegtes berufliches Leben“.

Vater von drei Töchtern und fünf Enkelkindern.

Das ist das jetzige Seniorenbüro Bremen e.V.?

Ja, wir sind angefangen mit zehn ehrenamtlichen Mitarbeitern, alle Senioren, und haben über die vielen Jahre mit neuen Aufgaben bis heute den Kreis der Ehrenamtlichen bis auf 70 Leute erhöht.

Sie haben große Räumlichkeiten hier. Wie finanzieren sie die?

Wir in Bremen haben mit Auftrag der Reiseorganisation für die Stadt Bremen eine Sonderstellung im Rahmen der gesamten Seniorenbüros in Deutschland. Wir weichen mit unserem Arbeitsinhalt von den Vorgaben, die es eigentlich für Seniorenbüros gibt, ein bisschen ab. Wir sind gehalten, als Dienstleistung die begleiteten Reisen in verschiedener Form, auch als Tagesfahrten, anzubieten. Die Computer- und Internetkurse, die wir außerdem machen, bringen den Erlös, um dieses Büro zu finanzieren. Wir kriegen keine geregelte öffentliche Förderung. Das heißt wir sind, nur in der Lage das Büro zu öffnen, wenn wir vorher richtig malochen. Ehrenamtlich malochen!

Welche Art von Reisen organisieren Sie?

Wir unterscheiden Erholungsreisen und Programmreisen. Dabei unterteilen wir wieder in Studienreise oder Kurreise. Neuerdings sind auch Programmreisen ins Ausland auf dem Plan. Vom Volumen her ist es für dieses Büro der größte Teil.

Sie haben aber auch andere Aktivitäten außer diesen Reisen?

Der zweite große Teil ist mittlerweile der gesamte Bereich für Computer und Internet. Der dritte Bereich sind dann die Tagesfahrten. Durch das Projekt „Jung hilft Alt ins Internet“ haben wir für das Seniorenbüro Fördergelder bekommen. Wir haben hier ein Internetbereich aufgebaut mit sechs Arbeitsplätzen und alles, was dazu gehört. Seit eineinhalb Jahren schulen wir Interessierte fürs Internet. Darauf wurden andere Schulungsmaßnahmen aufgebaut, wie Einführung in Word und Excel, Fotobearbeitung usw.

Wie bewältigen sie so viel Arbeit?

Als wir Mitte 1998 eigenständig wurden, haben wir hier nichts vorgefunden. Wir wollten das Ganze voll ehrenamtlich

organisieren. Das haben wir nicht einen Monat durchgehalten, weil die Aufgaben wie die Erholungsreisen, die wir organisieren sollten, nahtlos weiter gemacht werden mussten. Wir haben die Mitarbeiterin, die in dem Projekt seit fünf Jahren arbeitete, zurückgeholt. Als Teilzeitkraft arbeitet sie noch heute hier. Dann haben wir für das zweite Projekt, die begleiteten Tagesfahrten, noch eine Kraft geholt. Die ganze Organisationsabwicklung läuft über das Büro, in dem diese Kolleginnen tätig sind. Für das Projekt Senior-Trainer-Ausbildung haben wir noch eine Honorarkraft. Seit dem letzten Jahr haben wir durch Maßnahmen vom Arbeitsamt und Bagis noch zwei Kräfte für ein Jahr gewonnen.

Wie viele Reisen organisieren Sie wöchentlich und wie viele Leute kommen hierher?

Es sind zeitweise drei bis vier Busse in unterschiedlichen Größen unterwegs.

Zu Beratungen, Kursen, Veranstaltungen und Treffen kommen wöchentlich ca. 400 Leute in unser Büro, an fünf Tagen der Woche.

Wer sind ihre „Kunden"? - um es nach der verbreiteten Redeweise auszudrücken.

Unsere Arbeit richtet sich an alle, die nicht mehr erwerbstätig und im Ruhestand sind. Das ist das Grundangebot. Dadurch, dass jetzt in Deutschland sehr viele Leute vorzeitig nach Hause geschickt werden, ist auch der Zugang zu unserem Angebot jünger geworden. Was die direkte Förderung durch die Stadt oder durch die Kommune angeht, ist das Alter auf 60 Jahre begrenzt. Das ist nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Man hört in letzter Zeit immer mehr von Seniorenheimen, Residenzen usw. Es wird dafür geworben, dass alle älteren Menschen sich in diese Einrichtungen zu begeben haben.

Ja, weil möglicherweise die Investoren sich von solchen Einrichtungen viel Profit versprechen. Der Trend auf Bundesebene besagt aber, Menschen zu Hause in den eigenen vier Wänden zu lassen. Es gibt große Organisationen, die Hürden für ältere Menschen im Alltag abschaffen wollen, zum Beispiel läuft „Altenfreundliche Stadt" schon im Rheinland als Modell, um zu erreichen, dass man da wohnen bleiben kann, wo man möchte, wo man groß geworden ist oder wo man alt geworden ist. Dies wird auch in Bremen angestrebt.

Nun, was die Pflege betrifft: Man will weg von der stationären Betreuung und wenn nötig, dann ambulante Betreuung zu Hause. In diesem Zusammenhang haben wir ein Projekt, an dem wir beteiligt sind, nämlich um ehrenamtliche Pflegebegleiter auszubilden, nämlich Leute zu qualifizieren, die zu denen gehen, die zu Hause gepflegt werden und Hilfestellung leisten. Nicht in dem Sinne, an dem zu Pflegenden Hand anzulegen, sondern einfach, dass sie helfen bei der Bewältigung der alltäglichen Dinge.

Fotos: Hugo Köser

Zeit für politische Aktivitäten erst im „Ruhestand“

Sönke Hundt

In meinem Berufsleben war ich damit beschäftigt, Betriebswirte auszubilden.

Als Professor für Betriebswirtschaftslehre, Organisation und Marketing am Fachbereich der Hochschule Bremen war es immer etwas ungewöhnlich, gewerkschaftlich orientiert und organisiert zu sein, da Ökonomen immer als eher rechts orientiert gelten. Was sie in den meisten Fällen auch sind, da das neoliberale Gedankengut gerade in der Betriebswirtschaftslehre sehr stark verankert ist. Aber wir waren in Bremen trotzdem über viele Jahre hinweg eine Gruppe von vier Kolleginnen und Kollegen, die die Fahne der GEW hochhielten und uns häufig auch unter dieser Überschrift an den diversen Gremienwahlen im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung beteiligt haben.

Klar, am Fachbereich Wirtschaft werden Betriebswirte ausgebildet, die in ihrem späteren Berufsleben im Controlling, Marketing, Personalwesen, Rechnungswesen, Informatik in vielen Unternehmen, Verbänden, Organisationen, Wirtschaftsprüfungsunternehmen, Unternehmensberatungen usw. tätig sind. Das sind dann häufig diejenigen, die den Arbeitnehmern und den Betriebsräten als Gegner gegenüberstehen, weil sie als Teil der Geschäftsführung oder in ihrem Auftrag und für ihre Ziele tätig sind. Aber das muß natürlich nicht heißen, dass die Betriebswirte in ihrer späteren Berufspraxis ohne kritisches Bewußtsein sind. Sie sind häufig sehr wohl in der Lage, die vielen Widersprüche und Unsinnigkeiten (gerade z.B. bei Rationalisierungen und im Marketing!) zu erkennen. Schließlich wußte schon Henry Ford, was am Ende der Vollautomatisierung droht: „Autos kaufen keine Autos.“

Ich bin 1938 geboren, konnte mich in Schule, Studium und Assistentenzeit bis 1968 aus- und weiterbilden, und fing erst dann an, eigenes Geld zu verdienen. Da damals die Konjunktur gerade für Ökonomen gut war, machten wir uns um unsere zukünftigen Arbeitsplätze keine Sorgen. Nach verschiedenen Stationen und Jobs in Berlin landete ich 1976 in Bremen, wo gerade die Fachhochschulen - wie viele Schulen und die Universität auch -, im Zuge des Bildungsbooms der 70er Jahre ausgebaut wurden, und „ergatterte“ eine der begehrten Professorenstellen. Die Professoren an der Universität hatten zwar eine niedrigere Lehrverpflichtung und damit mehr Zeit für Forschung als wir an der Fachhochschule; dafür war m.E. die Ausbildung an unserer Fachhochschule immer deutlich bodenständiger und enger an der konkreten Berufspraxis orientiert. Unsere Studentinnen und Studenten hatten eben zu 90% eine abgeschlossene Berufsausbildung und häufiger auch schon eine längere Berufspraxis hinter sich und wußten im Großen und Ganzen, wie die Praxis in den Betrieben so lief.

Meine Jahre und Jahrzehnte in Lehre und Forschung brachten viele und große Veränderungen mit sich. Die Betriebe und die Gesellschaft insgesamt änderten sich mit wachsender Geschwindigkeit, worauf wir in der Ausbildung entsprechend reagieren mußten. Auch die Hochschulen erhielten neue Regelungen mit einem neuen Hochschulgesetz, durch das die Mitbestimmungsrechte, die während der Studentenbewegung vor allem im damals „roten“ Bremen erreicht worden waren, wieder zurückgedreht wurden.

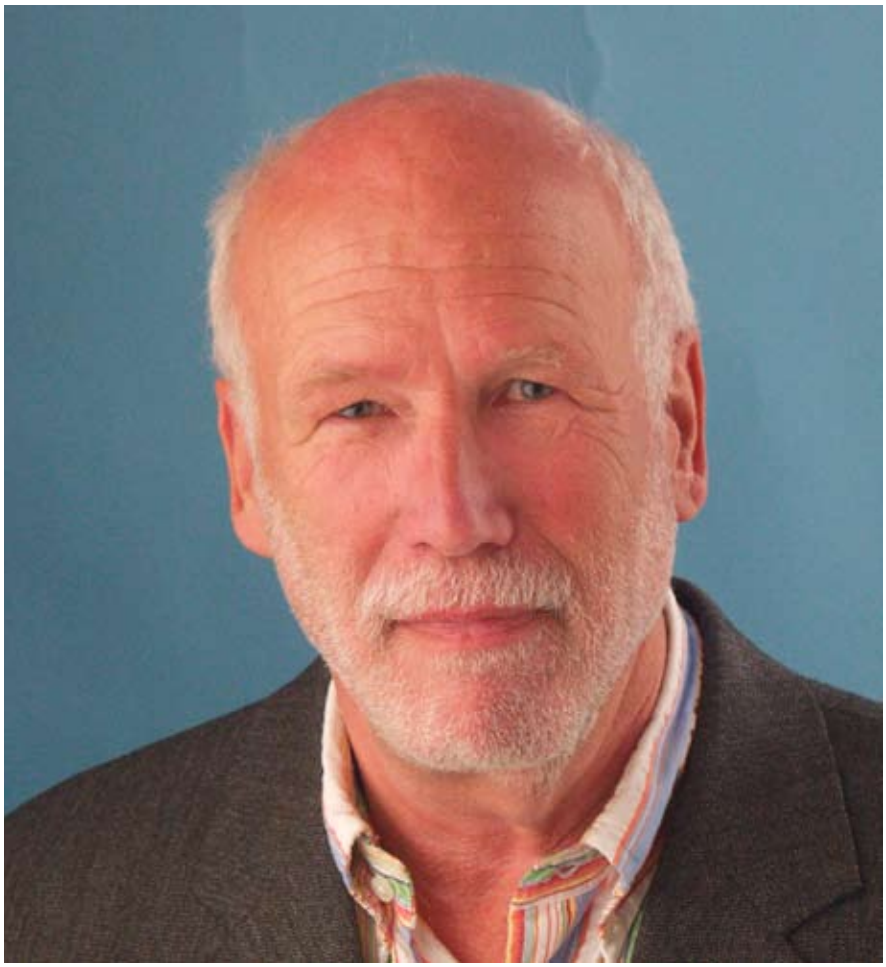
Die wirklichen Veränderungen aber laufen jetzt erst richtig an. Und ich bin eigentlich heilsfroh, dass ich das nicht mehr miterleben bzw. -erleiden muss. Die großen öffentlichen Sektoren (Infrastruktur, Gesundheit, Pflege und schließlich auch Bildung) werden zunehmend privatisiert und dem weltweit nach Anlagemöglichkeiten suchenden Kapital vom Staat und seinen Parlamenten mehr oder weniger zum Fraß vorgeworfen. Es ist regelrecht gruselig anzusehen, wie das Gift der neoliberalen Ideologie - ohne größeren Widerstand - von den Hochschulen und Universitäten aufgesogen wird. Alles soll verändert werden. Aus den Studierenden werden Kunden, aus den Professorinnen und Professoren werden Dienstleistungsanbieter, aus den Lehrveranstaltungen

und Studiengängen werden Produkte, die sich auf den Bildungsmärkten im Wettbewerb gegen andere durchsetzen müssen. Der Schlußpunkt dieser Entwicklung ist das „Bildungsunternehmen“: Arbeitnehmer werden eingestellt, zu möglichst günstigen Bedingungen, motiviert mit Leistungsprämien oder bestraft mit Abschlägen, kontrolliert, evaluiert und zertifiziert. Sie müssen „Bildung“ und „Wissenschaft“ produzieren, die nur dann einen Wert haben, wenn sie nachgefragt und bezahlt werden. Wer fragt nach und wer zahlt? Es sollen die Studierenden mit ihren Studiengebühren sein und die „die Wirtschaft“ mit ihren Forschungsaufträgen. Der Hochschulrektor und die Dekane schließlich verwandeln sich in das „Hochschulmanagement“, das allein denkt, lenkt und leitet.

Für Mitbestimmung, gar für die akademische Selbstverwaltung und Demokratie, ist in diesem System kein Platz mehr. Der logische Schlußpunkt ist die „Universität Bremen AG“ oder die „Hochschule Bremen AG“ mit privaten Eigentümern, die nur noch wissen wollen, wie hoch ihre Rendite ist und wie sie in Zukunft realisiert werden kann.

Die Verhältnisse in den United States of America sind dabei das Vorbild. Die Ergebnisse dieser „Verbetriebswirtschaftlichung“ von Wissenschaft und Forschung sind auch bekannt; und sie sind schlecht! Das Kapital investiert nur in die „exzellenten“ Unis und Schulen, und die übrigen gehen leer aus. Das Ganze ist eine notwendige Folge des Konkurrenz. Wo schon viel Geld ist, kommt auch mehr dazu. „Exzellente“ Unis und Schulen können Studenten anlocken, die höhere Studiengebühren zahlen können, also können auch „exzellentere“ Professoren mit höherer Bezahlung angelockt und mehr Geld für Forschung ausgegeben werden. Umgekehrt umgekehrt.

Nicht, dass deutsche Unis und Hochschulen nicht viel und in vieler Hinsicht von den USA lernen könnten... Nicht, dass bei uns Vieles dringend verbessert werden könnte und müßte... Nicht dass die Unis und Hochschulen nicht auch schon immer im Wettbewerb miteinander standen. Aber der Wettbewerb war nicht ökonomisch definiert. Das bisher in Deutschland und weitgehend in Europa von der Verfassung



abgesicherte Ideal von Gleichheit in der Ausstattung, Gleichheit der Bezahlung, Gleichheit der Studienbedingungen und schließlich der Gleichheit der Chancen im Zugang zum Studium unabhängig vom Geldbeutel der Eltern halte ich erstens für gerechter und zweitens auch für effizienter.

Na ja, jedenfalls läuft die Entwicklung in meinem früheren Berufsfeld jetzt ohne mich weiter. Und sie läuft - m.E. - nicht gut. Die Hände in den Schoß legen nach meiner Pensionierung wollte ich aber nicht. Einige Lehrveranstaltungen und einige Projekte führte ich noch einige Zeit weiter. Aber irgendwann war es dann natürlich so weit, dass man das Feld den Jüngeren überlassen muss. Außerdem hatte ich schon immer großes Interesse an der großen und der kleinen Politik und nie richtig die Zeit gehabt, mich in diesem Feld mehr zu engagieren. Das mache ich jetzt. Als die WASG (Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit) gegründet wurde, sagte ich mir, dass Ziele und Leute und Programm meinen Vorstellungen ganz gut entsprächen und wurde Mitglied in dieser Partei. Als bei der letzten Bundestagswahl Oskar Lafontaine und Gregor

Gysi ihren Hut zusammen in den Ring warfen und die Vereinigung der Linkspartei und der WASG sowohl forderten als auch vorantrieben und als schließlich der Wahlerfolg der LINKEN bei der letzten Bürgerschaftswahl „bewiesen“ hatte, dass der Zusammenschluß beider Parteien - trotz aller Bedenken - der richtige Schritt war, engagierte ich mich auch stärker in veschiedenen Funktionen in der neuen Partei.

Das Leben und Arbeiten in einer politischen Partei ist dabei wirklich nicht ohne und häufig wirklich kein Zuckerschlecken! Machtkämpfe sind an der Tagesordnung, ganz verschiedene Leute mit ganz verschiedenen politischen Biografien und entsprechenden Verhaltensweisen müssen jetzt zusammenarbeiten, die Lust der LINKEN an der Selbstzerfleischung ist ungebrochen ... Es ist erschreckend mit anzusehen, dass auch in der LINKEN mit zunehmendem Erfolg bei Wahlen und wachsenden Mitgliederzahlen und mehr Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung und der Bürgerschaft der „Apparat“ (also diejenigen, die hauptamtlich auf Bundes- und Landesebene über die Partei finanziert werden) ein immer größeres Gewicht erhält. Das wäre nicht weiter problematisch, wenn nicht der „Apparat“ auch starke Eigeninteressen hätte, die immer mehr ins Spiel gebracht werden. Diesem Problem ist nur mit einer funktionierenden und lebendigen innerparteilichen Demokratie beizukommen. Mal sehen, wie sich das in Zukunft entwickelt. Wenn sich die LINKEN so entwickeln sollten wie die Grünen ... ist Hopfen und Malz verloren.

Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit gibt es jedenfalls eine realistische Chance, neben der alten und (mit Recht!) immer schwächer werden Sozialdemokratie eine wirklich linke Alternative zu etablieren, die den Anschluß an die anderen sozialistischen Parteien in Europa sucht und findet, die Fahne der sozialen Gerechtigkeit hochhält und auch realistische Wege findet, dieser alten europäischen Idee wieder zu mehr Geltung zu verhelfen. Wie gesagt, es ist eine Chance; mehr nicht. Aber man sollte sie wahrnehmen!

Wilhelm Röhrs – sein Herz schlug bis zuletzt für die Senioren

Nach vielen Jahren der Mitarbeit im Gesamtpersonalrat Bremen und der großen Tarifkommision der ÖTV in Stuttgart war Wilhelm Röhrs auch im Ruhestand engagiert für die Gewerkschaft tätig. Am 7. August diesen Jahres verstarb Wilhelm Röhrs. Die ver.di-KollegInnen verlieren mit ihm einen langjährig engagierten und kompetenten Kollegen in der Gewerkschaftsarbeit. Seine Kollegialität, sein Wissen und seine Erfahrungen werden uns in der Seniorenarbeit fehlen.

Wilhelm Röhrs (links) beim Gespräch mit einem Kollegen

Impressum:

Diese Zeitung WIR ist im Rahmen des Qualifizierungsprojektes für ältere ArbeitnehmerInnen für bürgerschaftliches Engagement (MoQua) von Arbeit und Leben Bremen entstanden. Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis MoQua-DGB-SeniorInnen machen Zeitung
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Gerd Bohling, IGM, Detlef Dahlke, IGM
Ursula Figge, IGM, Hugo Köser, IGM
Inge Markowsky, ver.di, Christel Odewald, ver.di
Edmund Petschulis, IGM, Brigitte Wilkening, ver.di
Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Inge Markowsky
Redaktionsadresse:
c/o Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Manfred Weule, Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de

Buchtip:
Gewerkschaftsnahe Bildungsarbeitarbeit mit Senioren

Aus freien Stücken!

Motivierung und Qualifizierung von älteren Erwachsenen für das bürgerschaftliche Engagement

Barbara Menke, Theo W. Länge (Hrsg.), Recklinghausen 2007

Die Potenziale des Alters nutzen, das Älterwerden des Einzelnen und der Gesellschaft als Chance zu begreifen – dafür steht das Projekt „MoQua“: Motivation und Qualifikation von älteren Erwachsenen für das bürgerschaftliche Engagement des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben.
Das vorliegende Buch stellt die verschiedenen Engagementfelder vor, in denen gearbeitet wurde und zeigt, wie ältere Erwachsene für diese Aktivitäten qualifiziert werden können.